



Protokoll der 26. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. November 2022, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Richard Gafner (FDP) und Lukas Heinzelmann (SVP)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>Das Postulat «Vorbereitung auf mögliche Energiekrisen und Versorgungsengpässe» (Nr. 2022-137) wird von den Verfassern Domenic Schneider und Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion zurückgezogen.</i>	2022-137
<i>://: Das Traktandum Nr. 7 «Steuerreglement-Revision» (Nr. 2022-147) wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt, da die stadträtliche Vorlage vom Büro bereits an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen wurde.</i>	2022-147
1. <i>Protokolle der Ratssitzungen vom 28.09.2022 und 26.10.2022</i> <i>://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 28.09.2022 und 26.10.2022 werden einstimmig genehmigt.</i>	
2. <i>Wahlbüro-Ersatzwahlen</i> <i>://: Einstimmig werden Herr Pirmin Ballmer (FDP) und Frau Claudia Martin (GLP/EVP/Die Mitte) in das Wahlbüro gewählt.</i>	2022-143
3. <i>Bildungsreglement, Teilrevision (ESL 642.1) – Berichte Stadtrat sowie Kommission «Gemeindeordnung und Reglemente» (GOR) und Kommission «Soziales/Bildung/Kultur» (SBK) zur Teilrevision des Bildungsreglementes der Stadt Liestal vom 25.5.2022</i> <i>://: Gemäss den Anträgen der GOR und SBK wird einstimmig die Teilrevision des Bildungsreglements gemäss stadträtlichen Vorlage mit den Änderungsanträgen der vorberatenden Kommissionen genehmigt.</i>	2022-113 2022-113a 2022-113b
4. <i>Sport- und Volksbad Gitterli AG: Neue Leistungsvereinbarung 2023/2024 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO)</i> <i>://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der Finanzkommission (FIKO) wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und jährliche Betriebskostenbeiträge in der Höhe von TCHF 900 der Jahre 2023 und 2024 für die Sport- und Volksbad Gitterli AG genehmigt.</i>	2022-127 2022-127a

- | | | |
|-----|--|----------|
| 5. | Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal (SRFWL) – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
<i>://: Vom GPK-Bericht wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.</i> | 2022-149 |
| 6. | Fragestunde
<i>Vom Stadtrat werden 5 Fragen in der Fragestunde beantwortet.</i> | |
| 7. | Schulanlage Gestadeck, Neubau Pavillon – Nachtragskredit in Folge ungenügender Tragfähigkeit des Baugrunds und Entsorgung von belastetem Aushubmaterial
<i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2022-146 |
| 8. | Velostrassen – Interpellation «Velostrassen in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2022-126 |
| 9. | Zulassung S-Pedelecs in Einbahnstrassen – Postulat «Zulassung S-Pedelecs in Einbahnstrassen» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2022-133 |
| 10. | Verbotsaufhebung Motorradfahräder und S-Pedelecs – Postulat «Aufhebung des Verbots für Motorfahräder/S-Pedelecs» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>://: Mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2022-134 |
| 11. | Verkehrszunahme Sigmundstrasse – Interpellation «Verkehrszunahme an der Sigmundstrasse» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-138 |
| 12. | Sicherheit für Langsamverkehr – Postulat «Sicherheit für den Langsamverkehr im Glindweg – Industriestrasse – Schönthalweg» von Vreni Wunderlin und Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-139 |
| 13. | Stellvertretung in Kommissionen – Verfahrenspostulat «Stellvertretungen in Kommissionen» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-140 |
| 14. | Rettungszentrum – Interpellation «Neues Rettungszentrum» von Daniel Jurt namens der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-141 |
| 15. | Photovoltaikanlagen auf Bahnhof-Perrondächern – Interpellation «Photovoltaikanlagen auf den Perron-Dächern des Bahnhofs» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-144 |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Ganz speziell begrüsst sie Stadtrat Lukas Felix sowie Bereichsleiter Thomas Noack, gratuliert ihnen ganz herzlich zum heutigen Geburtstag und wünscht ihnen für die Zukunft nur das Beste. Stadtpräsident Daniel Spinnler gratuliert den Beiden auch namens des Stadtrates bestens. Deren Präsenz an diesem speziellen Tag bezeugt doch deren Wertschätzung gegenüber dem Einwohnerrat.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen und dauert bis ca. 20.00 Uhr.
- Die «Fragestunde» wird im Anschluss an die Pause durchgeführt und von der Vizepräsidentin geleitet.
- Die Rückmeldetalons im Zusammenhang mit dem Jahresschlusssessen vom 25. Januar 2023 sind bis zur nächsten Ratssitzung vom 21. Dezember 2022 dem Ratsschreiber abzugeben.
- Mit Schreiben vom 28. November 2022 hat Ratsmitglied Beat Gränicher (SVP) seinen Rücktritt per 31. Dezember 2022 bekannt gegeben. Das Demissionsschreiben wird verlesen und Beat Gränicher die geleisteten Arbeiten während seiner letzten 18 Amtsjahre bestens verdankt.
- Stadträtin Marie-Theres Beeler muss sich krankheitsbedingt für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. Ihre Geschäfte werden deshalb von Stadträtin Pascale Meschberger vertreten.

Neue persönliche Vorstösse

- Zubringer Gartenstrasse und Schwiriquartier – Interpellation «Zubringer gestattet für Gartenstrasse und Schwiriquartier» von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion (Nr. 2022-148)
- Schulsozialarbeit – Interpellation «Schulsozialarbeit» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2022-150)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|---|
| - Beat Gränicher (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Daniel Schwörer (FDP) | Seite B (SVP, EVP/GLP/Die Mitte, Teil GL) |
| - Florian Abt (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler gratuliert namens des Stadtrates Hanspeter Meyer (SVP) zur Ehrenbürgerschaft, welche ihm an der letzten Bürgergemeindeversammlung verliehen wurde.

Stadträtin Pascal Meschberger informiert, dass sie anstelle von Stadträtin Marie-Theres Beeler nicht im Detail über die SBB-Projekte und den Zustand am Bahnhof berichten wird. Die vorbereitete Präsentation wird den Ratsmitgliedern im Anschluss an die heutige Sitzung vom Ratschreiber gemailt. Speziell möchte sie aber auf die Eröffnungsfeier der Waldenburger-Bahn vom 10. Dezember 2022 aufmerksam machen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Domenic Schneider (GLP) erklärt, dass mit der stadträtlichen Medienmitteilung die Fragen des Vorstosses «Vorbereitung auf mögliche Energiekrisen und Versorgungsengpässe» von Benjamin Erni (EVP) bereits beantwortet wurden, weshalb das Postulat Nr. 2022-137 von den Postulanten zurückgezogen wird.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert darüber, dass vom Büro an der Sitzung vom 24.11.2022 entschieden wurde, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-147 «Steuerreglement-Revision» an die Kommission «Gemeindeordnung und Reglemente» (GOR) überwiesen wird. Das Büro beantragt deshalb, dass das unter Traktandum 7 traktandierte Geschäft deshalb von der Traktandenliste abgesetzt wird.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass zum Antrag des Büros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das unter Traktandum Nr. 7 traktandierte Geschäft «Steuerreglement-Revision» (Nr. 2022-147) wird einstimmig von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt, da dieses vom Büro bereits an die GOR zur Vorberatung überwiesen wurde.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass zur Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 16. November 2022 mit der vorgängig beschlossenen Änderung einstimmig beschlossen.

216 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 28.09.2022 und 26.10.2022

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohner-rat die Genehmigung der beiden Sitzungsprotokolle beantragt, da beim Ratsbüro keine Änderungsanträge eingegangen sind.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 28. September 2022 und 26. Oktober 2022 werden einstimmig genehmigt.

217 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahlen (Nr. 2022-143)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen und en globo gewählt wird.

Roger Ballmer (FDP) geht bei der Beratung und Beschlussfassung dieses Geschäfts in den Ausstand, da dessen Sohn zur Wahl vorgeschlagen wird.

Nach erfolgter Umfrage kann sie feststellen, dass zu diesem Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Fraktionen werden einstimmig folgende Mitglieder in das Wahlbüro gewählt:

- Ballmer Pirmin, geb. 1999, Wetterchrüzstr. 12 (FDP) anstelle von Scheidegger Andrea (FDP)
- Martin Claudia, geb. 1971, Gempenweg 6 (GLP/EVP/Die Mitte) anstelle von Wyler Dominic (GLP/EVP/Die Mitte)

218 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Bildungsreglement, Teilrevision (ESL 642.1) – Berichte Stadtrat sowie Kommission «Gemeindeordnung und Reglemente» (GOR) und Kommission «Soziales/Bildung/Kultur» (SBK) zur Teilrevision des Bildungsreglementes der Stadt Liestal vom 25.5.2022 (Nr. 2022-113)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Lukas Felix hält formell fest, dass der Stadtrat die Anträge der GOR und SBK unterstützen kann.

Stefan Fraefel (Die Mitte) stellt den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-113a vor: Der Bericht ist relativ ausführlich und er verzichtet darauf, nochmals auf alle Details einzugehen. Es sind weitestgehend formelle Anpassungen gemäss Vorschlag des Stadtrates sowie weitere formelle Anpassungen der GOR. So existiert die Kreisschule nicht mehr und deshalb sollen die entsprechenden Bestimmungen im Reglement gestrichen werden. Die Gemeindeordnung ist auch noch anzupassen, doch diese Revision müsste vom Souverän an einer Volksabstimmung noch abgesegnet werden. Auch Regelungen bezüglich der familienergänzenden Nachmittagsbetreuung wurden teilweise angepasst, indem beispielsweise nur noch die Endzeit der Betreuung definiert wird. Die Zusammenarbeit der SBK und GOR im Zusammenhang mit der Vorberatung des Geschäfts hatte hervorragend funktioniert, wofür er an dieser Stelle nochmals den besten Dank aussprechend möchte.

Dominique Meschberger (SP) stellt dem Rat den SBK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-113b vor: Sie möchte der GOR und ihrem Präsidenten Stefan Fraefel sowie Stadtrat Lukas Felix und Bereichsleiterin Monika Feller ebenfalls für die gute Zusammenarbeit bei der Vorberatung der Vorlage danken. Die SBK ist der Meinung, dass Liestal weiterhin am Angebot von Einführungs- sowie Kleinklassen festhalten sollte, was in den reglementarischen Bestimmungen auch entsprechend ergänzt wurde. Auch sollen bei der Nachmittagsbetreuung die Zeiten doch flexibler gehandhabt werden können, indem nur noch die Endzeit von 18.00 Uhr definiert wird. Erfreulicherweise ist auch die Ferienbetreuung im Bildungsreglement eingeflossen.

Eva Eugster (FDP) dankt namens der FDP-Fraktion für die beiden Kommissionsberichte. Die Zusammenarbeit der beiden Kommissionen wird als Bereicherung betrachtet. Persönlich ist es auch ihr sehr wichtig, dass man in Liestal weiterhin an der integrativen und auch separativen Schulungsform festhalten wird, damit Kinder individuell gefördert werden können.

Patrick Mägli (SP) orientiert, dass auch von der SP-Fraktion die vorgeschlagenen Anpassungen im Bildungsreglement als sinnvoll betrachtet werden und man den Anträgen deshalb auch zustimmen wird.

Denise Meyer (SVP) fasst sich als Sprecherin der SVP-Fraktion kurz, da das Wichtigste in den Kommissionsberichten steht und von den Vorrednern bereits gesagt wurde. Ihre Fraktion wird den Anträgen ebenfalls zustimmen.

Benjamin Erni (EVP) teilt mit, auch die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion werde den Anträgen des Stadtrates und der beiden Kommissionen zustimmen.

Matthias Holinger (GL) bemerkt, die Grüne Fraktion kann den Änderungsanträgen zustimmen, da es sich in den meisten Fällen doch um Anpassungen von bereits bestehenden Gegebenheiten sowie Tatsachen handelt.

Natalie Oberholzer (GL) gibt als Einzelsprecherin bekannt, dass sie sich mit den meisten Änderungsvorschlägen der GOR einverstanden erklären kann. Doch dem Punkt betreffend den Kostenbeiträgen der Erziehungsberichten kann sie nicht zustimmen und wird sich deshalb bei der Abstimmung enthalten. Sie ist der Meinung, dass §15 und §16, so wie sie jetzt formuliert sind, verfassungswidrig sind und vom Regierungsrat nicht bewilligt werden können. Ganz grundsätzlich muss der obligatorische Schulunterricht für alle unentgeltlich sein. Auch die GOR ist deshalb über den Artikel betreffend den Kostenbeiträgen der Eltern gestolpert und hat das zu Recht überprüft sowie den Bundesgerichtsentscheid vom 7. Dez. 2017 angeschaut. Sie hat im Bericht auch erwähnt, dass Eltern Kosten für schulische Aktivitäten nur in jenem Umfang auferlegt werden können, als dass sie diese Kosten einsparen. Dann hat sich die GOR aber auf die Höhe fokussiert und sich vermutlich am kantonalen Bildungsgesetz orientiert. Die GOR hält dann im Bericht fest, dass die Bestimmungen per 1. August 2018 revidiert worden sind, was wohl aufgrund des Bundesgerichtsurteils passiert ist. Somit ist sich wohl auch die GOR nicht sicher. Wenn man aber diese Revision genau anschaut, merkt man, dass da anderes revidiert wurde als der Grundsatzentscheid des Bundesgerichts. Wesentlich im Bundesgerichtsentscheid ist, dass der § 39 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Volksschulen des Kantons Thurgau in der Fassung vom 18. November 2015 aufgehoben wird. Im Abs 1 heisst es, dass für obligatorische Klassenverlegungen, Exkursionen und Lager sowie andere Pflichtveranstaltungen Beiträge erhoben werden können. Unter Punkt 3.1.3 des Bundesgerichtsentscheides heisst es dann konkreter, dass für solche Veranstaltungen den Eltern mit Blick auf die Unentgeltlichkeit nur diejenigen Kosten in Rechnung gestellt werden dürfen, die sie aufgrund der Abwesenheit ihrer Kinder einsparen. Sie beschränken sich auf die Verpflegung der Kinder, da die Eltern die Unterkunft für die Kinder auch bei deren Abwesenheit weiterhin bereithalten müssen. So sparen die Eltern beispielsweise bei einer obligatorischen Halbtagesexkursion eigentlich nichts ein. Somit darf von den Eltern bei solchen Exkursionen und Führungen rein gar nichts verlangt werden, nicht einmal 2 oder 3 Franken. Die Betragshöhe spielt hier also absolut keine Rolle und auch Transportkosten dürfen nicht den Eltern übertragen werden. Seit dem Bundesgerichtsentscheid hat es also einen Systemwechsel gegeben. Ob ausserhalb des Unterrichtes oder nicht, ist nicht mehr das Kriterium. Vielmehr geht es darum, ob die Eltern einen Vorteil haben oder nicht. Weil das Bundesgericht die Bundesverfassung konkretisiert hat, müssen auch die Kantone und Gemeinden mitziehen. Doch der Kanton Baselland hat dies noch gar nicht gemacht, wobei die GOR sich vermutlich am Kanton orientiert hat. Das jetzige Bildungsreglement wendet ein veraltetes falsches Kriterium an, ob Beiträge erhoben werden können oder nicht. Entscheidend ist seit dem Bundesgerichtsentscheid, ob Exkursionen und Führungen etc. obligatorisch sind und ob ein Vorteil der Eltern besteht. Und das muss ihrer Meinung nach zwingend ins Bildungsreglement aufgenommen und klar abgebildet werden. Sie verzichtet auf einen Rückweisungsantrag, damit es nicht zu Verzögerungen betreffend den anderen Bestimmungen kommt, zumal die Sache mit den Kostenbeiträgen auch nicht dringlich ist. Sie wird aber zu diesem Thema noch eine Motion einreichen, damit noch nachgebessert werden kann. Und sie hofft, dass wir dann ein klar formuliertes Bildungsreglement haben, in welchem auch dieser Punkt gemäss Bundesgerichtsentscheid geregelt ist.

Daniel Schwörer (FDP) macht darauf aufmerksam, dass die Gemeindeordnung noch immer Bestimmungen bezüglich der Kreisschule enthält, obwohl diese nicht mehr existiert. Eine Revision mit Urnenabstimmung alleine deswegen macht aber wohl keinen Sinn. Auch möchte er den Stadtrat und die Verwaltung dazu einladen, bei § 2 Abs. 1 Bst. d mit einer Fussnote zu vermerken, dass diese Bestimmung materiell aufgehoben ist, da der Kreisschulvertrag nicht mehr besteht. Damit würde Transparenz und Klarheit geschaffen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) nimmt Bezug auf das Votum von Natalie Oberholzer (GL) und hält fest, dass deren Einwand bereits in der GOR besprochen wurde. Es ist allerdings so, dass die § 15 und 16 des Bildungsreglements nicht Gegenstand der Teilrevision gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2022-113 sind. Die GOR prüft bei Teilrevisionen mögliche andere reglementarische Bestimmungen nur dann, wenn sich Änderungen aufdrängen. Im Reglement wird auch

festgehalten, dass Beiträge erhoben werden «können», aber nicht erhoben werden «müssen». Auch sind die Beitragshöhe und weitere Details in der Verordnung geregelt, welche wiederum in der Kompetenz des Stadtrates und nicht des Einwohnerrates ist. Auch hat das Bundesgericht nicht gesagt, dass gar keine Beiträge mehr erhoben werden dürfen, doch wurden Pauschalen als Maximalbeträge vorgeschlagen, welche den Eltern grundsätzlich auferlegt werden dürfen. Die GOR ist der Meinung, dass die diesbezüglichen Vorgaben in unserer Verordnung diesen Bestimmungen entsprechen. Da der Stadtrat für die Bestimmungen auf Verordnungsstufe verantwortlich zeichnet, macht es gegebenenfalls Sinn, dass von der Votantin nicht eine Motion, sondern ein Postulat eingereicht wird. Möchte man aber das Bildungsreglement geändert haben, so wäre die Einreichung einer Motion schon das richtige Instrument.

Natalie Oberholzer (GL) dankt für die Ausführungen des Vorredners und wird mit Stefan Fraefel (Die Mitte) bilateral noch einige Punkte besprechen. Sie wird aber dennoch eine Motion einreichen.

Stadtrat Lukas Felix bedankt sich bei der GOR und SBK für die gute Zusammenarbeit. Die Änderungen sind grösstenteils formaler Natur. Er sieht es ebenfalls so, dass man bei der nächsten notwendigen Anpassung gleich eine Totalrevision des Bildungsreglementes aufgleist. Die Kreisschule für spezielle Förderung kann nicht weitergeführt werden, da alle anderen Gemeinden aus dem Kreisschulvertrag ausgetreten sind. Die Angebote werden aber können aber auch von Liestal alleine weitergeführt werden, da diese trotz Freiwilligkeit recht gut besucht werden. Auch andere Gemeinden können dieses Angebot nutzen, müssten aber einen höheren Kostenbeitrag leisten und haben nach der Vertragskündigung auch keine Platzgarantie mehr. Der vorgeschlagene Hinweis in der Gemeindeordnung ist bereits in Abklärung. Auch ist er froh darüber, dass der Stadtrat vom Rat die Kompetenzen bzgl. der Nachmittags- und Ferienbetreuung erhält. Betreffend den Kostenbeiträgen ist in § 16 des Bildungsreglements geregelt, dass der Stadtrat die Beitragshöhe festlegt. In der Verordnung über die Kostenbeiträge für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts sind die maximalen Elternbeiträge geregelt. Das angesprochene Bundesgerichtsurteil vom 7. Dezember 2017 ist an der Stadtratssitzung vom 18. April 2018 in die erwähnte Verordnung übernommen worden. Zudem hat der Stadtrat einen Nachtragskredit für Exkursionen, Schulreisen und Lager beschlossen, da die Stadt Liestal nach dem Gerichtsurteil höhere Beiträge zahlen musste. Die Erziehungsberechtigten sind dann mit dem Hinweis auf den Bundesgerichtsurteil am 31. Mai 2018 auch über die Verordnungsänderung informiert worden, welche für alle obligatorischen Veranstaltungen der Schulen gilt bzw. wo eine Teilnahmepflicht besteht. Aus seiner Sicht verhält sich die Stadt Liestal hier absolut konform. Auch von der GOR wird auf Seite 4 des Kommissionsberichtes die Auffassung der GOR festgehalten, dass die Regelung in Liestal mit der Rechtssprechung des Bundesgerichts vereinbar ist.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge der GOR sowie SBK abstimmen lässt, welchen auch der Stadtrat zustimmt. Die Anträge der GOR und SBK werden von ihr jeweils vorgängig der Abstimmung gemäss SBK-Bericht verlesen.

- ://: Den Anträgen der SBK und GOR wird einstimmig zugestimmt und die stadträtliche Vorlage in den §§ 3 Abs. 2, 4 lit. a, 11 lit. a-d, 12 Abs. 1 lit. a-e, 13, 14, 18 Abs. 2, 18a Abs. 4 und 5, 19 Abs. 2, 28 Abs. 1, 31 Abs. 1 lit. b und 33 Abs. 2 gemäss Synopse der Vorlage Nr. 2022-113a abgeändert.
- ://: Gemäss den Anträgen der vorberatenden Kommissionen SBK und GOR wird einstimmig die Teilrevision des Bildungsreglements gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2022-113 mit den Änderungsanträgen der GOR und SBK genehmigt.

219 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Sport- und Volksbad Gitterli AG: Neue Leistungsvereinbarung 2023/2024 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (Nr. 2022-127)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Bei diesem Geschäft treten die beiden Ratsmitglieder Thomas Eugster (FDP) sowie Bruno Imsand (FDP) als Verwaltungsratsmitglieder der Sport- und Volksbad Gitterli AG in den Ausstand.

Anita Baumgartner (GL) stellt als FIKO-Kommissionspräsidentin den Bericht der Finanzkommission gemäss Vorlage Nr. 2022-127a vor: Die FIKO hatte die stadträtliche Vorlage am 27.10.2022 beraten und die eingereichten Fragen wurden von Stadtrat Lukas Felix, Bereichsleiterin Monika Feller sowie Bruno Imsand in seiner Funktion als VR-Präsident der Sport und Volksbad Gitterli AG beantwortet. Bei der anschliessenden Beratung sowie Beschlussfassung war dann Bruno Imsand in den Ausstand getreten. Die FIKO hatte sich über die finanzielle Situation der Bäder AG informieren lassen, Möglichkeiten der Kostenreduktion wurden besprochen und die FIKO hatte von den Plänen des Stadtrates bezüglich der Erhöhung von Gemeinde-Beteiligungen Kenntnis genommen. Sie verzichtet darauf, auf Details einzugehen. Grundsätzlich ist es so, dass die finanzielle Situation besser ist, als man es letztes Jahr noch hätte erwarten können. Die benötigten Drittmittel von unverändert 1,1 Mio. sind aber nach wie vor hoch und der Beitrag von Liestal liegt nach wie vor bei TCHF 900. Mit Blick auf die finanzielle Lage und auf das Missverhältnis des Betriebsbeitrages von Liestal zum Anteil der Liestaler-Badegäste erachtet die FIKO eine Reduktion des Betriebsbeitrages ab dem Jahr 2025 als unerlässlich. Entsprechend positiv hat die FIKO die stadträtlichen Bestrebungen gewertet, dass die umliegenden Gemeinden stärker in die Pflicht genommen werden sollen. Die FIKO stimmt dem stadträtlichen Antrag für eine weitere Verlängerung der Leistungsvereinbarung um 2 Jahre zu.

Hanspeter Meyer (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass Liestal alles daran setzen muss, dass die Bäder im Gitterli als Leuchttürme von Liestal erhalten bleiben. Seine Fraktion unterstützt deshalb die Anträge des Stadtrates und der FIKO. Nach den letzten zwei schwierigen Jahren braucht es wieder eine Anlaufzeit, damit man wieder von normalen Betriebsverhältnissen reden kann. Im Gitterli sind aufgestellte Leute mit Visionen und Weitsicht am Werk. Man vertraut voll und ganz darauf, dass diese die Kosten im Griff haben werden, so dass man nach Ablauf der zweijährigen Leistungsvereinbarung mit einer Reduktion der Betriebskostenbeiträge rechnen kann. Enttäuschend sind die Rückmeldungen der umliegenden Gemeinden betreffend zusätzlichen finanziellen Mitteln. Der lokale Gedanke scheint mit wenigen Ausnahmen nicht sehr verbreitet zu sein. Es wird deshalb die Stossrichtung unterstützt, dass diejenigen Gemeinden mit Vergünstigungen rechnen dürfen, wenn sie jährliche Beiträge an die Bäder AG leisten. Auf kantonaler Ebene muss zudem eine Gesetzesänderung angestrebt werden, damit Beiträge an Zentrumsgemeinden für regionale Aufgaben vermehrt entschädigt werden. Der Aufwärtstrend bei den Bäder AG hält hoffentlich an, damit man in zwei Jahren mit tieferen Betriebskostenbeiträgen zu Lasten der Stadt Liestal rechnen kann. Der FIKO und deren Präsidenten möchte er den besten Dank für die gute Zusammenarbeit bei der Vorberatung dieses Geschäftes aussprechen.

Domenic Schneider (GLP) stellt als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion die Frage, ob denn neue Schulhäuser oder das Veloparking mehr wert sind als eine Sport- und Freizeitanlage für die breite Öffentlichkeit? Oder sind Strassensanierungen sowie Beiträge an die Altenpflege wichtiger als ein Ort, wo Kinder und Menschen Freude und Spass haben können? Ja, es braucht alles, doch alles kann man sich selten leisten. Wenn wir aber in Liestal auch in Zukunft attraktiv sein wollen, dann sollten wir uns das Gitterli-Bad auch in Zukunft leisten. Zu

dieser Ansicht werden hoffentlich auch die Nachbargemeinden kommen und sich entsprechend finanziell partizipieren. Ebenfalls möchte er an dieser Stelle auch der Leitung des Gitterli-Bades den besten Dank aussprechen, welche schon einige Verbesserungsmassnahmen umgesetzt haben und noch weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der finanziellen Situation prüfen werden. Seine Fraktion wird den Anträgen bei einer Enthaltung zustimmen.

Alexandra Muheim (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion den Anträgen des Stadtrates und der FIKO einstimmig zustimmen wird. Erfreut nimmt auch ihre Fraktion zur Kenntnis, dass die Zahlen 2022 besser sein werden, als man dies erwarten durfte. Es ist aber schon wichtig, dass auch andere Nachbargemeinden die tolle Institution im Gitterli unterstützen. Auch mit der Bürgergemeinde Liestal sollten noch Lösungen für eine finanzielle Unterstützung gesucht werden. Allen Beteiligten möchte sie für die Unterstützungen des Gitterli-Bades sowie der FIKO für die Berichterstattung danken.

Michael Durrer (GL) führt als Fraktionspräsident und -sprecher der Grünen Fraktion aus, dass er die vorgängigen Voten unterstützen kann. In den letzten Wochen wurde in den Medien verschiedentlich über die Problematik der Zentrumslasten berichtet. So will auch das Laufental die Finanzierung von Sport- und Freizeitanlagen neu organisieren und so sollen beispielsweise Einwohner von Gemeinden, welche sich nicht finanziell beteiligen möchten, keine Saison-Abonnements mehr erhalten. Es macht durchaus Sinn, dass man sich auch betreffend dem Gitterli-Bad nach neuen Ideen umschaute.

Roger Ballmer (FDP) dankt namens der FDP-Fraktion ebenfalls für die geleistete Arbeit und die Leitung der FIKO. Auch seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen, damit die nächsten zwei Jahre für weitere Verhandlungen und die Umsetzung von Verbesserungsmassnahmen genutzt werden können. Es ist schon äusserst wichtig, dass die Zentrumslasten auf mehrere Schultern verteilt werden können, damit Liestal in zwei Jahren eine substanzielle Reduktion hinsichtlich den Betriebskostenbeiträgen erfährt. Damit dürfte sich auch die Grundsatzdiskussion eines Planes B gemäss FIKO-Postulat Nr. 2021-77 erübrigen.

Peter Küng (SP) hält als Einzelsprecher fest, dass das Schwimmbad im Gitterli allen am Herzen liegt. Alle hier im Saal haben wohl Bekannte in den Nachbargemeinden und so könnten doch auch Besucher von Gemeindeversammlungen dazu bewogen werden, dass diese beispielsweise an einer Versammlung den Antrag für eine finanzielle Unterstützung des Gitterli-Bades stellen. Und wenn beispielsweise für die 25'000 Einwohner der umliegenden Nachbargemeinden ein zusätzlicher Gemeindebeitrag von einem Fünfliber pro Einwohnerin und Einwohner an das Gitterli-Bad bezahlt würde, hätte dies doch eine starke finanzielle Entlastung zur Folge.

Vreni Wunderlin (GLP) ist froh darüber, dass man von einer Schliessung der Bäder im Gitterli absieht, denn diese Sportanlage ist für eine breite Bevölkerungsschicht in vielfacher Hinsicht sehr wertvoll. Die umliegenden Gemeinden sollten ins Boot geholt werden. Sie bedankt sich bei all denjenigen für ihre Anstrengungen, welche zum Erhalt des Gitterli-Bades beitragen, denn Liestal ohne Schwimmbad ist für sie unvorstellbar.

Stadtrat Lukas Felix dankt für das Interesse und die wohlwollende Prüfung der Vorlage durch die FIKO. Mit der Verlängerung der Leistungsvereinbarung um zwei Jahre, denn diese Zeit kann für die Suche nach weiteren Einnahmequellen genutzt werden. Die Rolle des Kantons bei grösseren überregionalen Einrichtungen und Sportinfrastrukturen wie Schwimmbäder, Eishallen usw. sollte schon auch einmal breiter diskutiert und geklärt werden. Es kann doch nicht im Interesse des Kantons sein, dass dieser mit KASAK-Beiträgen zwar neue Sportanlagen finanziell unterstützt, jedoch für deren Erhalt nichts getan wird. Das kann dann schon dazu führen, dass die Standortgemeinden solcher Einrichtungen und Anlagen diese aus finanziellen Gründen nicht mehr finanzieren bzw. unterhalten können. Alle Gemeinden von Augst bis Langenbruck möchte er nochmals dazu einladen, dem vorgeschlagenen Kostenmodell der Stadt Liestal zuzustimmen, damit mit ihren finanziellen Beiträgen die Lasten auf mehrere Schultern

verteilt werden können. Schlussendlich muss es ja das Ziel aller Gemeinden sein, dass der Bevölkerung Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden können, damit diese auch weiterhin gerne in unserer Region leben möchten.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO abstimmen lässt.

://: Mit 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt der Einwohnerrat die jährlichen Betriebskostenbeiträge in der Höhe von TCHF 900 der Jahre 2023 und 2024 für die Sport- und Volksbad Gitterli AG.

220 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal (SRFWL) – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2022-149)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten auf den GPK-Bericht nicht bestritten wird. Für die Behandlung des BPK-Berichtes wird vom Büro folgender Ablauf vorgeschlagen:

- . GPK-Präsident: Vorstellung Kommissionsbericht
- . Stadtrat: Stellungnahme zu GPK-Bericht
- . Fraktionssprecher
- . Einzelsprecher
- . Stadtrat: Stellungnahme zu Voten aus dem Einwohnerrat
- . Abstimmung

Daniel Jurt (SVP) stellt als Kommissionspräsident den Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Vorlage Nr. 2022-149 vor: Vorweg kann festgehalten werden, dass die GPK voll und ganz hinter der Regionalisierung der Feuerwehren sowie Schaffung von Synergien im Bereich des Feuerwehr- und Rettungswesens steht. Die GPK hat gemäss Gemeindegesetz die ersten zwei Jahre der Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal (SRFWL) kritisch begutachtet. Bei den drei Befragungen hat sich nicht gerade ein einheitliches Bild ergeben. Im politischen Prozess ist das Prinzip Hoffnung angewendet worden. Der Stadtrat hatte gehofft, dass sich mehr Gemeinden, vor allem grosse Gemeinden rund um Liestal, dem Zweckverband SRFWL anschliessen werden, was dann aber nicht eingetreten ist. Der Einwohnerrat ist damals im Jahr 2019 unter Druck gesetzt worden, diesem Projekt rasch zuzustimmen. In diesem Zusammenhang ist auch keine Begleitkommission gebildet worden und man hatte moniert, dass der Einwohnerrat rasch zustimmen soll, da Liestal als letzte Gemeinde noch nicht zugestimmt hatte. Die damals verantwortliche Stadträtin hatte von weniger Kosten gesprochen, die durch den Zweckverband entstehen werden, was sich aber nachträglich nicht bewahrheitet hatte. Es sind jedoch Mehrkosten angefallen und eine Kostenreduktion soll erst 2024/2025 eintreten. Diesbezüglich ist die GPK kritisch und man wird die Entwicklungen beobachten. Er geht davon aus, dass auch die FIKO genau hinschauen wird. In all den Befragungen hat die GPK eher ein Bild von Schönreden und Schönfärben bekommen, Probleme sind nur marginal eingeräumt worden und alles sei tiptop. Und hier fängt das grosse Delta zwischen den Wahrnehmungen an. Man hat den Eindruck bekommen, dass man zwar weiss, wo es Probleme hat, aber man nicht unbedingt gewillt war, diese anzusprechen oder auch wirklich anzugehen. Angefangen von den 440-Stellenprozenten gegenüber den früheren 160 Stellen-Prozenten. Im Jahr 2017 hatte man die Stellenprozente von 200 % auf 160 % gesenkt, da die Auslastung der Profis anscheinend nicht gegeben war. Im Vergleich zu anderen Stützpunktfeuerwehren hat die SRFWL mit 4 Profis und je über 100'000 Franken Einkommen pro Jahr die teurere Variante gewählt. Die Antwort, dass viele Aufgaben vorher von der Stadtverwaltung übernommen worden sind, mag so stimmen. Aber dann wären ja die Mitarbeiter der Stadt entweder im Kommando oder man hätte sie entlassen müssen, weil sie ja keine Aufgaben mehr hatten. Weiter wurden Diskrepanzen festgestellt bei der Führung, sei es auf politischer Ebene, bei der Betriebskommission, in der Verwaltung im Bereich Sicherheit/Soziales sowie im Kommando der SRFWL. Hier klafft das Bild extrem auseinander und die Wahrnehmungen waren für die GPK sehr different. In den Empfehlungen weist die GPK darauf hin, dass die Miliz in Zukunft in der Betriebskommission vertreten sein sollte und die Vertretung ausgewogen sein sollte. Beim Umgang mit der Miliz herrscht aus Sicht der GPK nicht unbedingt das Bild von Respekt. So hat man von einer ehrenhaften Entlassung gehört und dieser Fall liegt nun beim Regierungsrat zur Beurteilung. Auch fühlt sich das Milizkader mit Frauen und Männern mit zum Teil langer Erfahrung nicht unbedingt ernst genommen. In der Basellandschaftlichen Zeitung konnte man ja lesen, dass alles gut sei, doch stellt sich nun die Frage, was das Qualitätsmerkmal «gut» ist, wie man dieses misst und verifiziert. In der Feuerwehr-Community scheint die SRFWL keinen besonders guten Ruf zu haben, wenn man sich so bei Kursen und anderen

Gelegenheiten umhört. Und will man mehr Gemeinden zum SRFWL-Zweckverband bringen, muss sich dies ändern. Die Empfehlungen der GPK sollen ernst genommen und umgesetzt werden. Das Vertrauen von den Angehörigen der SRFWL in die Politik der Stadt Liestal muss zurückkommen, was die Anhörung der Miliz durch die GPK so bestätigt hatte. Er dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit und Umsetzung sowie den Feuerwehrfrauen und -männern für ihre freiwillige Arbeit unter Einsatz von Gesundheit und Leben bei der Rettung von Menschen und Sachgut. Die GPK wird sicher am Ball bleiben und den Verantwortlichen weiterhin über die Schultern, in die Bücher und Unterlagen schauen. Er bittet den Einwohnerrat nun, den GPK-Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Stadträtin Pascale Meschberger nimmt zum GPK-Bericht Stellung: Sie spricht hier nun in der Doppelfunktion als stadträtliche Departementsvorsteherin und als Mitglied der Betriebskommission. Grundsätzlich ist es begrüssenswert, dass die GPK die SRFWL unter die Lupe genommen hat, denn nach zwei Jahren seit Beginn der Pionierarbeit ist es wohl der richtige Zeitpunkt, einmal hinzuschauen. Aus diesem Grund nimmt auch die Betriebskommission den GPK-Bericht ernst. Sie darf aber festhalten, dass die meisten Empfehlungen bereits umgesetzt oder in Umsetzung begriffen sind. Darauf geht sie später nochmals ein. Die Betriebskommission ist sehr froh, dass der GPK-Bericht endlich veröffentlicht wurde, denn die Wartefrist war für die Gemeinschaft sowie das Kommando sehr schwierig und hatte alle enorm verunsichert. Die Betriebskommission bedauert jedoch die unausgewogene Untersuchung durch die GPK, da die grosse Mehrheit des Kaders nämlich hinter der Organisation und explizit hinter dem Kommando steht, doch sind die Kaderangehörigen nie von der GPK befragt worden. Auch werden die persönlichen Diffamierungen kritisiert, welche so nun nicht gehen. Die GPK trägt eine grosse Verantwortung bei solchen Untersuchungen, deshalb müssen diese fair sowie neutral sein. Die Konsequenzen dürfen aufgezeigt und sollen dann auch umgesetzt werden. Und gerade nach dem ersten Medienwirbel im vergangenen Frühjahr hatte die GPK eine spezielle Verantwortung, um so mehr ist ein sorgfältiges Schaffen nötig. In diesem Zusammenhang möchte sie betonen, dass die Betriebskommission einstimmig und eindeutig hinter dem Kommando und dem Kommandanten steht. Im GPK-Bericht haben sich ein paar kleine Fehler eingeschlichen. So hat das Reinigungspersonal nicht 40 Stellenprozente, sondern nur 14 Stellenprozente. Und bezüglich den 400 Stellenprozenten möchte sie festhalten, dass man bewusst mit der Regionalisierung bzw. mit dem SRFWL-Zweckverbund auch eine Teilprofessionalisierung anstrebte, da mit dem doch relativ grossen Einzugsgebiet und den Festangestellten das Tagespikett besser abgedeckt werden kann, da die Stützpunktfeuerwehr Liestal für ein sehr grosses Einzugsgebiet verantwortlich zeichnet. Die Betriebskommission ist nach den Medienberichten vom Frühjahr 2022 nicht untätig geblieben, obwohl es auch in dieser Kommission einige Personalwechsel gegeben hatte. Es wurde das Gespräch mit unterschiedlichen Interessengruppen gesucht, so auch mit Feuerwehrangehörigen der Miliz, welche teilweise nicht gerade glücklich darüber sind, wie es aktuell in der Feuerwehr läuft. Selbstkritisch musste man feststellen, dass im Vorfeld der Fusion zur SRFWL ganz viele technische Details geklärt wurden, doch ist dabei das Persönliche und die Kommunikation etwas zu kurz gekommen. Insgesamt kann aber doch festgestellt werden, dass die neue Organisation gut angelaufen ist, was von der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung als Aufsichtsinstanz sicher bestätigt werden. Klar, es haben sich persönliche Enttäuschungen und Missverständnisse breit gemacht. Doch wird die neue Organisation nicht grundsätzlich hinterfragt, denn die angestrebte Fusion finden alle sinnvoll. Unabhängig von der GPK-Empfehlung ist von der Betriebskommission eine externe Unterstützung beigezogen worden. Eine Aussprache unter der Leitung eines externen Mediators hat bereits stattgefunden und diese erste Sitzung war sehr erfolgreich. Eine zweite Sitzung wird im neuen Jahr einberufen. Bei dieser ersten Sitzung konnte doch festgestellt werden, dass die Begeisterung für die Feuerwehr noch immer gross und stark zu spüren ist. Beeindruckend war auch der Wille zur Offenheit, Ehrlichkeit und Kritikfähigkeit, welcher von allen Seiten geäussert wurde. Die Einbindung der Miliz resp. der Kontakt von der Betriebskommission zur Miliz soll verbessert werden und diesbezüglich müssen noch Überlegungen gemacht werden. Der Grundstein für eine bessere Einbindung und Kommunikation dürfte aber mit der Aussprache sowie den geführten Gesprächen bereits gelegt worden sein. Wie das der GPK vom Bereich Sicherheit bereits dargelegt worden ist, werden die Kosten

möglichst realitätsnah aufgeschlüsselt und Liestal hat immer noch einen um rund TCHF 200 geringeren finanziellen Aufwand als früher. Natürlich hat die Verwaltung auch eine Entlastung erfahren, doch diese hat immer noch genug zu tun und mit der Auslagerung konnten vielleicht ein paar Stellenprozente auf der Verwaltung eingespart werden, damit nicht zusätzliche neue Leute angestellt werden mussten. Persönlich hatte sie die Rückmeldungen der übrigen 5 Gemeindevertreter überrascht, welche allesamt bestätigt hatten, dass sie für den Feuerwehrbereich nach der Fusion keine höheren Kosten gegenüber früher haben. Und es ist eine Selbstverständlichkeit aller Gemeindevertretungen, dass man die Kosten im Blick behalte, weshalb halt auch leider nicht alle Wünsche der Feuerwehrmannschaft berücksichtigt werden können. Ganz wichtig ist aber, dass die Funktionstüchtigkeit unserer Feuerwehr und somit die Sicherheit gewährleistet ist. Beschaffungen werden zu günstigen Konditionen und zweckmässig getätigt. Auch wurden erste Schritte für eine faire Besoldung der Miliz-Feuerwehrangehörigen in die richtige Richtung unternommen. Es ist durchaus nicht so, dass sich niemand für unsere Feuerwehr interessiert, obwohl die letzten Medienkampagnen nicht gerade förderlich sind. Lausen und weitere Gemeinden sind zudem an einem SRFWL-Beitritt interessiert, doch muss man sich bewusst sein, dass dieses Wachstum ein langfristiger Prozess ist. Die Feuerwehr ist etwas sehr Emotionales und Dorffeuerwehren sind sehr wichtig, weshalb sich die Feuerwehren selbst nicht verändern möchten oder es sind die politischen Seiten, welche ihre Dorffeuerwehr nicht aufgeben möchten. Mit dem gesellschaftlichen Wandel wird es aber immer schwieriger, Miliz-Feuerwehrangehörige finden zu können. Und so wird es auf Dauer nicht anders gehen, als dass noch weitere Feuerwehren zusammenschliessen werden. So geht man auch im Zusammenhang mit der Rettungswacht davon aus, dass der Standort Liestal durchaus für andere Gemeinden interessant sein wird. Etwas Gutes hatte das ganze Mediengestürm schon, denn dadurch sind die SRFWL mit dem Kommando, die Mannschaft und auch die Betriebskommission näher zusammengedrückt sowie gestärkt aus der ganzen Angelegenheit hinaus gekommen. Man wird aus den gemachten Fehlern die Lehren ziehen und vorwärts schauen.

Bernhard Bonjour (SP) äussert als Sprecher der SP-Fraktion, dass diese die Empfehlungen der GPK unterstützt und vom GPK-Bericht Kenntnis nehmen wird. Sie ist nicht mit allem einverstanden, was heute vom GPK-Präsidenten mündlich gesagt wurde und beruft sich deshalb auf den Inhalt des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2022-149. Denn im GPK-Bericht steht beispielsweise nichts von persönlichen Diffamierungen. Man ist auch froh über die Stellungnahme von Stadträtin Pascale Meschberger, welche dieses Geschäft während den laufenden GPK-Abklärungen von Stadträtin Regula Nebiker übernommen hatte. Begrüssenswert ist, dass die Betriebskommission bereits mit der Mediation begonnen hat. Bei der Fusionierung der Feuerwehren vor rund vier Jahren war er Mitglied der GOR-Kommission. Klar war damals, dass man für die Professionalisierung aus inhaltlichen Gründen und Effizienz der Feuerwehr ursprünglich 8 vollbeschäftigte Personen anstellen wollte, was schlussendlich auf 4 Stellen reduziert wurde. Dies im Bewusstsein, dass es schön wäre, wenn noch mehr Gemeinden mitmachen würden. Schon damals wurde gesagt, dass wenn noch mehr Gemeinden mitmachen würden, man dann doch schon die Führungsstruktur dafür haben würde, da diese gut ausgebaut ist. Dies wurde auch wegen dem Pikettdienst befürwortet, da länger und mehr Feuerwehrangehörige nicht mehr dort schaffen, wo sie wohnen und deshalb mehr professionelle Leute zur Verfügung stehen, die immer verfügbar sind. Auch war schon damals klar, dass diese Angestellten die Einsätze vermehrt leiten werden und es für die Milizangehörigen weniger Einsatzmöglichkeiten geben wird. Dabei geht es natürlich um Geld und auch darum, dass in den Kursen Gelernte zeigen und anwenden zu können. Dass es deshalb Unmut und Unzufriedenheit geben wird, war deshalb voraussehbar. Auch war damals schon bekannt, dass die Mannschaft mit der Zusammenlegung der verschiedenen Feuerwehren reduziert wird. Eine erwartete Schwierigkeit ist nicht eingetreten, nämlich ein entstehender Unmut wegen möglichen Rivalitäten unter den Gemeinden. Die GPK hat Abklärungen getroffen, Untersuchungen angestellt sowie Milizangehörige eingeladen und angehört, welche ihren Unmut äussern wollten. Die GPK hat aber nicht eine allgemeine Untersuchung mit zufriedenen und unzufriedenen Feuerwehrangehörigen vorgenommen, um die Verhältnissanteile ausfindig machen zu können. Der GPK-Bericht gibt somit auch keine Auskunft darüber, wie gross der Anteil der Zufriedenen und Unzufriedenen ist, da dies Aufgabe der Betriebskommission und nicht der GPK ist. Zwei

Fehler wurden bei der Beratung und Beschlussfassung vor vier Jahren festgestellt. So hatte man die SRFWL-Bildung unter Zeitdruck beraten und beschliessen müssen. Man konnte im Einwohnerrat wohl über die Statuten diskutieren, doch ändern konnte man diese nicht mehr, da diese von den übrigen Gemeinden bereits beschlossen wurden. Dummerweise hatten sich die GOR und er selbst unter Druck setzen lassen, was sich nun rächt. Die Lehre daraus ist, dass man sich als Einwohnerrat bei solchen Geschäften nicht unter Zeitdruck setzen darf. So wurde von der GOR damals eine Beteiligung der Miliz-Mannschaft in der Betriebskommission bzw. in den Statuten befürwortet, damit die Verantwortlichen auch die Stimmungslage aus der Mannschaft mitbekommen. Leider konnte man diese Bestimmung in den Statuten nicht mehr ändern. Dies sollte aber bei nächstbestener Gelegenheit und Möglichkeit korrigiert werden. Auch wird immer wieder behauptet, dass man vor vier Jahren versprochen hatte, dass die Feuerwehr billiger werde, doch eine solche Aussage wurde in keiner Vorlage, in keinem Protokoll und keinem Bericht gefunden. Damals wurde lediglich festgehalten, dass mit der damaligen alten Struktur die Feuerwehr schlecht aufrechterhalten werden kann und Kosten anfallen dürften, welche aus dem Ruder laufen könnten. Mit der Neuorganisation der Feuerwehren war zu erwarten, dass die Kosten nicht ständig ansteigen. Mit Befriedigung darf festgestellt werden, dass die GPK in vielen Fragen offene Türen einrennt und dass der Stadtrat sowie die Betriebskommission daran sind, in die Zukunft zu schauen und dafür zu sorgen, dass die Feuerwehr künftig noch besser funktionieren wird.

Denise Meyer (SVP) stellt fest, dass es der SVP-Fraktion wichtig ist, dass die Feuerwehr funktioniert und sie kein Interesse daran hat, noch mehr Öl ins Feuer zu giessen. Aber beim Lesen des GPK-Berichtes ist ihr doch das Sprichwort «In jeder Wahrheit steckt ein Stück Lüge und in jeder Lüge ein Stück Wahrheit» in den Sinn gekommen. Das hatte schon mit der Überweisung dieses Geschäfts angefangen, denn da die Stadt nicht vorwärts gemacht hatte, wurde das Geschäft im Einwohnerrat dann schnell gutgeheissen, obwohl nicht genügend Vorabklärungen getroffen werden konnten und dieses auch nicht hinterfragt werden konnte. Dann sind Stimmen auf diverse Leute zugekommen, dass nicht alles rund läuft und auch mit den Finanzen etwas nicht stimmen kann. Aus diesem Grund hat sich die GPK das Recht genommen, einmal genau hinzuschauen. Bei der Fragestellung der GPK bezüglich der Kostentransparenz sind der Kommission die Zahlen versprochen worden, doch sind diese bis heute weder vom Feuerwehroffizier noch vom Bereichsleiter bis jetzt dargelegt worden. Dass das Feuer nun so zum Brennen gekommen ist, zeigt doch, dass nicht alles rosig ist. Sie hofft nun doch, dass sich nun die unzufriedenen Feuerwehrangehörigen zu erkennen geben und sich nicht hinter dem Deckmantel der Anonymität verstecken. Wir hoffen, dass so wieder Ruhe in die Feuerwehr einkehrt, und nehmen den GPK-Bericht zur Kenntnis.

Yves Jenny (GLP) merkt als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion an, dass es beim vorliegenden GPK-Bericht um kein einfaches Geschäft ging. Die GPK hatte Einblick in die strategische, operative sowie taktische Stufe innerhalb der Feuerwehr bekommen. Dabei wurden zum Teil sehr widersprüchliche Gefühlslagen und Realitäten angetroffen. Es ist auch klar, dass es sich bei der SRFWL um einen eigenständigen Zweckverband handelt, wo die GPK nicht direkt Einfluss nehmen kann. Um so wichtiger ist es darum, dass die Empfehlungen der GPK der Stadt Liestal, als grösste Gemeinde des Verbandes, in die Betriebskommission hineingetragen werden können. Vorher konnte man hören, dass bereits einiges unternommen wurde. Dass es aber da und dort noch immer etwas im Verband rumort, hört man gleichwohl noch von einigen Seiten. Der angestossene Mediations- und Begleitungsprozess muss weiterverfolgt oder sogar intensiviert werden. Auch die finanziellen Belange der Feuerwehr sind für Liestal als finanziell angeschlagene Gemeinde sicher auch ein wichtiges Thema. Seine Fraktion begrüsst es, wenn man die Geschehnisse weiterverfolgen würde und dass das Geschäft mit dem vorliegenden Bericht nicht einfach komplett abgeschlossen ist. Den GPK-Bericht wird man zur Kenntnis nehmen.

Werner Fischer (FDP) legt als FDP-Fraktionssprecher dar, dass die GPK doch ein schwieriges Geschäft zu behandeln hatte und es brauche auch Zeit, bis der Kommissionsbericht vorgelegt werden konnte. Erschwerend war natürlich auch, dass zu Beginn noch Stadträtin Regula Nebiker und heute nun Stadträtin Pascale Meschberger als Departementsvorsteherin verantwortlich zeichnet. Die Miliz-GPK ist wohl teilweise an ihre Grenzen gekommen und was es sicher auch nicht einfacher gemacht hatte, waren die Medienberichte, die das Ganze immer wieder ausgebreitet hatten. Er persönlich schaut lieber in die Zukunft als in die Vergangenheit. Natürlich ist es wichtig, dass man aus der Vergangenheit immer wieder daraus lernt, doch ist auch er froh über die bereits in Angriff genommenen feuerwehrinternen Bestrebungen. Jede Krise ist immer auch eine Chance besser zu werden und dies wurde auch bereits genutzt und in Angriff genommen. Die Feuerwehr ist natürlich ein sehr emotionales Thema und auch hier treffen unterschiedliche Mentalitäten aufeinander. Es gibt ältere Feuerwehrleute in Liestal, die sich mit der heutigen Organisation der Feuerwehr nicht unbedingt anfreunden können und es gibt beispielsweise aber auch Feuerwehrangehörige aus kleineren Nachbargemeinden, die mit der heutigen grösseren Feuerwehr doch glücklich sind. Dies dürfte auch ein Brennpunkt sein, welcher nicht immer einfach war und auch Verbesserungen in der Kommunikation sind wünschenswert. Erfreut hat er heute die stadträtliche Stellungnahme zum kritischen GPK-Bericht und insbesondere von den bereits getroffenen Massnahmen Kenntnis genommen, welche teilweise bereits umgesetzt wurden. Eine Vergrösserung und Optimisierung der Regional- und Stützpunktfeuerwehr Liestal ist wünschenswert und so ist er gespannt darauf, wie sich die Feuerwehr weiter entwickeln wird. Bei den verschiedenen Anhörungen durch die GPK hatten immer offene Gespräche stattgefunden, wofür er an dieser Stelle doch auch danken möchte. Die FDP-Fraktion nimmt den GPK-Bericht zur Kenntnis.

Philipp Franke (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass die GPK mit ihrem Bericht wohl schon nicht die ganze Wahrheit abbilden konnte, da nebst der strategischen Führung beispielsweise nur Teile der Mannschaft angehört wurden, welche wohl eher der Kategorie Whistleblower zuzuordnen sind. Obwohl man nur einen Teil der Wahrheit erfahren hatte, reichte dies, dass diverses Alarmglocken geschrillt hatten, wurden doch einige Missstände aufgezeigt. Die Kommunikation ist sicher eine Komponente, denn alleine die Tatsache, dass einige Mannschaftsangehörige von der GPK angehört werden wollten, zeigt doch auf, dass diese kein Ventil hatten, um mit ihren Anliegen durchkommen oder sich einbringen zu können. Aus diesem Grund sind diese dann auch an die Presse gelangt. Es ist deshalb gut, dass die Mediation bereits aufgegleist wurde und man auch an einer besseren Kommunikation arbeitet. Ein relevanter Hebel müsste auch beim reglementarischen Teil angesetzt werden, denn die Betriebskommission kann nicht so konzipiert sein, dass diese nur bei schönem Wetter, sondern auch bei Regen und heftigen Stürmen funktioniert. So müsste doch auch die GPK-Empfehlung bezüglich einer Überprüfung der regulatorischen Gegebenheiten ebenfalls noch angeschaut werden. Seine Fraktion wird den GPK-Bericht ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Vreni Wunderlin (GLP) informiert als Einzelsprecherin darüber, dass es in der Liestaler Feuerwehr brennt, es herrscht eine grosse Unruhe und es stellt sich die Frage, wie man dieses Feuer löschen kann. Sie hatte diesbezüglich einige Telefongespräche geführt. Feuerwehrmann oder Feuerwehrfrau ist man mit Herzblut und Leidenschaft. Es braucht eine gute Ausbildung und viel Einsatzbereitschaft. Dabei treffen auch viele Menschen und Charakteren aufeinander, was eine gute Führung voraussetzt. Ein Korps mit ungefähr 120 Personen ist eine Herausforderung. Lehrer und Pfarrpersonen bekommen nach einigen Jahren Anstellung eine Auszeit. Vielleicht ist der Kommandant ausgebrannt und eine Auszeit für ihn wäre wertvoll. Dass gerade ein Drittel der langjährigen Offiziere geht, mache sie doch nachdenklich, geht damit doch sehr viel Knowhow verloren. Kann sich das die Feuerwehr Liestal leisten? Einige Feuerwehrmänner haben sich ihr gegenüber geäußert und gesagt, dass nicht alles rund laufe, doch sei man zufrieden. Es gibt junge und motivierte Leute in der Feuerwehr und zu diesen muss nun Sorge getragen werden. Es braucht auf allen Ebenen eine ehrliche Auslegeordnung. Es besteht Handlungsbedarf und dies lieber heute schon als erst morgen. Es braucht eine

professionelle externe Unterstützung und dies ist bereits angelaufen. Die GPK-Empfehlungen müssen sehr ernst genommen werden.

Markus Rudin (SVP) bemerkt, dass er nach wie vor Befürworter von Feuerwehr-Verbänden ist, funktionieren dies doch überall gut. Liestal war immer stolz auf ihre Feuerwehr und das soll auch so bleiben, weshalb auch die GPK-Empfehlungen ernst genommen werden sollten. Das Problem ist wohl schon vor vier Jahren entstanden, weshalb sich die linke Seite auch skeptisch zur SRFWL geäußert und eine bessere Einbindung der Milizfeuerwehr verlangt hatte. Der Einwohnerrat hatte sich damals vom Stadtrat unter Druck setzen lassen und dies sollte auf nicht mehr vorkommen. Wegen der fehlenden Einbindung der Miliz ist nun das Problem entstanden, weil das Gros der Feuerwehr nicht mitreden kann. Von der Betriebskommission sollte deshalb eine bessere Verteilung der Lasten sowie Kompetenzen geprüft werden. Der Abgang einiger Offiziere ist schade. Von aktiven und ehemaligen Feuerwehrleuten hat er erfahren, dass von der Betriebskommission bereits eine Mediation gemacht wurde und man auf einem guten Weg sei. Er hofft, dass sich diese Prognosen bewahrheiten werden und Liestal wieder auf seine Feuerwehr stolz sein kann. Trotz den vergangenen Unruhen konnte die Feuerwehr die Einsätze immer bewältigen, doch bei solchen Einsätzen ist es wichtig, dass man aufeinander vertrauen kann.

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält fest, dass die Feuerwehr kommt, wenn es brennt. Was passiert aber, wenn es in der Feuerwehr selber brennt? Die GPK könnte hier ein Teil der Lösung sein und die Betriebskommission sollte deshalb den Kommissionsbericht als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems betrachten. Feuer kann man mit Wasser, Pulver usw. oder aber auch mit einem Gegenfeuer löschen. Als Parlamentarier muss er sich nach Erhalt eines solche Kommissionsberichtes eine Meinung bilden können. Und gerade wenn der GPK noch der Vorwurf gemacht wird, sie habe sich falsch verhalten, so muss er sich auch noch überlegen, ob die GPK einen guten Job gemacht habe. Dies fällt ihm im vorliegenden Fall doch etwas schwer, sind doch alle relevanten Protokolle der GPK als vertraulich erklärt worden, was er grundsätzlich auch verstehe. Der Kreis der Protokollempfänger ist sehr eingeschränkt worden, stärker als dies das Geschäftsreglement vorsieht. Und wenn sich nun ein GPK- und Fraktionsmitglied zudem nicht zu Details äussern kann, so trägt dies natürlich auch nicht zur Meinungsbildung bei. So sollte die GPK diesbezüglich einen Mittelweg finden, dass man gewisse Informationen erhältlich machen kann und sich die Informationen nicht alleine auf den Schlussbericht beschränken. Da der GPK-Bericht aber einstimmig verabschiedet wurde, glaubt er aber doch, dass dieser stimmt. In der heutigen Basellandschaftlichen Zeitung konnte man lesen, dass sich die Betriebskommission daran gestört habe, wie diese kommuniziert habe. Auch stört sich diese Kommission daran, dass die GPK überhaupt eine Untersuchung angestellt habe und deren Zuständigkeit für die Beaufsichtigung eines Zweckverbandes wird in Frage gestellt. Wenn sich Angeschossene auf formale Argumente zur Verteidigung beschränken, so sieht er schon gewisse Parallelen hinsichtlich der angeblich fehlenden Kritikfähigkeit. Die Meinung und Auffassung, dass die GOR und der Einwohnerrat vor vier Jahren unter Druck gesetzt wurden, kann er nur teilweise teilen. Es wären wohl keine besseren Entscheide gefällt worden, selbst wenn wir damals mehr Zeit gehabt hätten. Das Problem ist vielmehr struktureller Natur, denn alle Details über die Organisation der Feuerwehr sind in den SRFWL-Statuten geregelt und diesbezüglich hatte der Einwohnerrat nichts zu sagen. Man hatte es damals möglicherweise verpasst, vor der Statuten-Erarbeitung ein Mitberichtsverfahren zu machen und die relevanten Player anzuhören. Der Einwohnerrat konnte damals ja oder nein sagen, aber keine Änderungen beschliessen. Er findet die Regionalisierung von Feuerwehren sinnvoll. Und im Zusammenhang mit dem vorliegenden GPK-Bericht würde es ihn schon noch interessieren, ob es sich nun um Probleme struktureller oder personeller Art handelt. Denn bei strukturellen Problemen kann man alle Leute austauschen und schlussendlich wird es wieder krachen, weshalb man diesbezüglich schon genau hinschauen müsste. Die GPK muss weiterhin ein Auge darauf haben, denn am Schluss hätte der Einwohnerrat einzig die Notlösung, eine neue eigene Feuerwehr zu gründen, bei welcher man wieder selbst mitbestimmen könnte. Doch diese Lösung dürfte nur zu Verlierern für alle Seiten führen.

Vreni Baumgartner (GL) meint, dass viele Ratsmitglieder in der Vergangenheit von unzufriedenen Feuerwehrangehörigen angesprochen wurden, da das Sprachrohr innerhalb der Feuerwehr einfach fehlt. Bereits vor vier Jahren hatte sie als aktive Feuerwehrangehörige und Einwohnerrätin darauf aufmerksam gemacht, dass eine Vertretung der Milizangehörigen in der Betriebskommission unerlässlich ist. Und als sie damals Stadträtin Regula Nebiker darauf angesprochen hatte, hatte sie von ihr die Antwort erhalten, dass sie als Einwohnerrätin doch auch das Sprachrohr für die Feuerwehrangehörigen sein könne. Schlussendlich fehlte es der Mannschaft doch an einer Vertrauensperson, welche die Interessen in der Betriebskommission vertreten konnte. Vor der SRFWL-Bildung gab es eine Feuerwehrkommission, welcher das zuständige Stadtratsmitglied und auch verschiedene Vertreter der Mannschaft und auch eine Vertretung der Feuerwehrfrauen angehörten. Das Feuerwehrkommando ist sehr männerdominierend und es fehlt bis zur Stufe der Offiziere eine weibliche Feuerwehrangehörige. Zu Beginn ihres aktiven Feuerwehrdienstes war der Frauenanteil auf allen Stufen wesentlich höher. Die Interessen von Feuerwehrfrauen und Gegebenheiten wie Schwangerschaften usw. werden nicht oder nur ungenügend in der Betriebskommission vertreten. In dieser Kommission sollten die Interessen der Frauen und auch von Feuerwehrmännern mit familiären Verantwortungen besser anerkannt werden.

Natalie Oberholzer (GL) führt aus, dass die Medienberichte zur Feuerwehr Liestal in mehreren Voten angesprochen wurden. Auch ihr ist es aufgestossen, wie die Basellandschaftliche Zeitung diesbezüglich berichtet hatte. Es wurden heute doch auch sehr persönliche Dinge besprochen, weshalb es wohl sinnvoll wäre, wenn die Basellandschaftliche Zeitung in den Ausstand treten würde. Sie möchte zur Vorsicht warnen, denn auch bei diesem Geschäft geht es um Menschen und man darf nicht immer glauben, was in den Zeitungen steht. Insbesondere mit Journalist Michael Nittnaus hatte sie im Fall betreffend der Tagesbetreuung in Binningen die Erfahrung machen müssen, dass dieser mit dem Streuen von Problemen und Skandalen eine grössere Leserschaft generieren möchte. Mit Informationen aus den Zeitungen müssen wir vorsichtig umgehen.

Stadträtin Pascale Meschberger dankt für die mehrheitlich differenzierten Aussagen. Sie möchte nochmals festhalten, dass die Probleme erkannt sind. Sie hofft nun doch, dass nicht noch mehr Öl ins Feuer geworfen wird, damit die SRFWL und die Betriebskommission nun vorwärtsschauen und schaffen können. Sie pflichtet ihrer Vorrednerin bei und ist der Meinung, dass wir durchaus Fehler benennen dürfen, doch wäre es schön und wünschenswert, wenn man dies auch im richtigen Rahmen tun würde. Es darf nicht sein, dass man Personen in der Öffentlichkeit persönlich so angreift, dass es schon ehrverletzend wird. Sie dankt für die verschiedenen Voten und ist überzeugt davon, dass die Betriebskommission auf einem guten Weg ist, damit hoffentlich alle wieder stolz auf die SRFWL sein können.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung nimmt der Einwohnerrat den GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-149 zur Kenntnis.

221 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Fragestunde

1. Frage / Natalie Oberholzer (GL) – Klimaschutz und Nachhaltige Entwicklung

Im Zwischenbericht vom 14. Juni 2022 zu Klimaschutz und Nachhaltige Entwicklung teilte der Stadtrat mit, dass Ende Oktober 2022 ein erster Bericht vorliegen soll, der dem Einwohnerrat die Nachhaltigkeit betreffend eine fundierte Antwort geben kann. Bis jetzt hat der Einwohnerrat noch keinen solchen Bericht erhalten. Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sollten oberste Priorität haben, deswegen meine Frage: Wann genau kann der Einwohnerrat mit dem fundierten Bericht betreffend Analyse, Strategie und konkreten Massnahmen rechnen? Weshalb kommt es erneut zur Verzögerung?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Dem Stadtrat tut es leid, dass er den Bericht noch nicht vorlegen konnte. Seit Ende Oktober liegt ein Bericht vor, doch muss dieser noch finalisiert werden. Ursprünglich wollte man den Entwicklungsplan und den Bericht zur nachhaltigen Entwicklung gleichzeitig im Rat einspeisen, doch ist dies aus verschiedenen Gründen nicht gelungen. Er wird sich in Zukunft davor hüten, bezüglich weiteren Berichten genaue Daten in Aussicht zu stellen und anzugeben.

2. Frage / Florian Sennhauser (FDP) – Kompostieren von organischen Abfällen

Welche Möglichkeit haben Stedtli-Bewohner um Organische Abfälle fachgerecht zu kompostieren?

Stadträtin Pascale Meschberger, stellvertretend für Stadträtin Marie-Theres Beeler: Man kann Grüngutcontainer an der Rathausstrasse, auf dem Zeughausplatz, in der Rosengasse und Mühlegasse sowie im Fischmarkt oder bei anderen Unterflursammelstellen aufstellen. Beim Fischmarkt darf der Container jedoch nur bei den beiden Unterflursammelstellen aufgestellt werden. Diese dürfen am Entsorgungstag vom Mittwoch zwischen 06.00 bis 07.00 Uhr zur Leerung bereitgestellt werden.

3. Frage / Dominique Meschberger (SP) – Förderung der Velonutzung

Die Quartiere um die obere Arisdorfstrasse herum liegen luftlinienmässig sehr nahe bei den Freizeit- und schulergänzenden Angeboten wie Gitterli, Musikschule und Hanro-Areal, velotechnisch jedoch weit weg.

- Wäre es möglich entlang der Treppe bei der Sonnhalde, die von der Arisdorferstrasse zum Sonnenmattweg führt, eine Veloschiene zu montieren?
- Könnte der Teil des Sonnenmattwegs, welcher dem Waldrand entlangführt, velofreundlicher hergerichtet werden, zum Beispiel mit direktem Ausgang zur Jurastrasse?

Stadträtin Pascale Meschberger, stellvertretend für Stadträtin Marie-Theres Beeler: Das Anbringen einer solchen Veloschiene wurde bisher noch nicht geprüft. Solche Veloschienen sind sicher toll, doch ist es an den besagten Stellen so lang und steil, dass das Schieben eines Velos auf einer solchen Schiene sehr kräftezerrend wäre. Der Vorschlag und auch die Frage eines velofreundlichen Sonnenmattweges am Waldrand werden aber noch geprüft.

4. Frage / Dominique Meschberger (SP) – Pausenplatz Gestadeck-Schulhaus

Der Pausenplatz des Gestadeck-Schulhauses ist ein Trauerspiel, besonders momentan mit dem Umbau. Gibt es Möglichkeiten, den Kindern mit einfachen Mitteln etwas Spielerisches für ihre Pausen zu bieten?

Stadtrat Daniel Muri: Das ist auch dem Stadtrat ein Anliegen und zusammen mit der Schulleitung sucht man nach Lösungen. Erste Ideen und Verbesserungen müssen vor der Umsetzung aber noch genauer geprüft und geklärt werden. Zwischenzeitlich könnte man sich ja mit Gummi-Twist, Ballweitwurf, Murmeln, Strassenkreiden usw. in der Pause beschäftigen.

5. Frage / Verena Wunderlin (GLP) - Weihnachtsbeleuchtung

Die Weihnachtsbeleuchtung gibt der Rathausstrasse eine schöne weihnachtliche Stimmung. Im Sinne der Solidarität zur Reduktion der Energiekosten habe ich gelesen, dass die Weihnachtsbeleuchtung reduziert eingeschaltet sein wird. Letzten Sonntag war die Beleuchtung den ganzen Tag eingeschaltet. Warum?

Stadträtin Pascale Meschberger: Für die Weihnachtsbeleuchtung ist KMU Liestal zuständig. Man wollte dieses Jahr nicht ganz auf die Weihnachtsbeleuchtung verzichten, weshalb diese nur teilweise montiert wurde. Dass die Weihnachtsbeleuchtung am Sonntag den ganzen Tag in Betrieb war, ist auf einen Programmierungsfehler zurückzuführen. Der Timer ist nun wieder so programmiert worden, dass die Beleuchtung von 17.00 – 08.00 Uhr eingeschaltet ist.

222 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Schulanlage Gestadeck, Neubau Pavillon – Nachtragskredit in Folge ungenügender Tragfähigkeit des Baugrunds und Entsorgung von belastetem Aushubmaterial (Nr. 2022-146)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage Nr. 2022-146 an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor, wozu sich die Ratsmitglieder nun äussern möchten.

Markus Rudin (SVP) informiert, die SVP-Fraktion unterstütze den Antrag des Büros. Das Geschäft und der beantragte Nachkredit muss kritisch hinterfragt werden. Angesichts der sehr markant gestiegenen Kosten muss die Frage erlaubt sein, ob die Schulhaussanierung mit schlussendlich über 8 Mio. Franken überhaupt noch Sinn macht. So muss man sich vorstellen, dass 1 Klassenzimmer schlussendlich rund eine Million kostet. Vielleicht kommt man günstiger oder gar an einem anderen Standort zu Schulräumen. Die BPK soll genaue Abklärungen treffen und sich dafür auch die nötige Zeit nehmen.

Peter Bürgin (FDP) legt als FDP-Fraktionssprecher dar, dass auch seine Fraktion eine Vorberatung durch die BPK unterstütze. Auch ist man gar nicht erfreut über den Nachtragskredit, doch soll die Strategie hinsichtlich der Schulraumplanung weiter verfolgt werden. Der Pavillon-Neubau muss deshalb trotz anfallenden Mehrkosten realisiert werden. Das Geschäft soll von der BPK anfangs 2023 prioritär und ohne Zeitdruck behandelt werden. Es ist sinnvoll, dass nicht nur das Altlastenproblem angeschaut, sondern auch die geänderten Umweltbedingungen mit einbezogen werden. Es wäre schon sehr stossend, wenn noch weitere Mehrkosten auftauchen würden. So fallen bereits jetzt die zusätzlichen Kosten für die Elektroanlagen von über TCHF 220 negativ auf, welche von der BPK sicher differenziert anzuschauen sind. Positiv aufgefallen ist, dass unmittelbar nach Bekanntwerden der Oberboden-Belastung dieser Bereich sofort gesperrt wurde und somit keine weitere Belastung mehr für die Kinder besteht. Auch das weitere Vorgehen betreffend der Klärung der Altlasten ist sehr gut verlaufen. Es ist natürlich schon auch die Frage aufgekommen, wieso die Aufschüttung mit einer solch starken Belastung nirgends erfasst wurden und in keinem Altlastenkataster aufgeführt ist. Man kann nur hoffen, dass es im Gemeindegebiet von Liestal nicht noch zu weiteren bösen Überraschungen kommen wird. Auch wurde in seiner Fraktion diskutiert, inwieweit es Sinn macht, dass die Teuerung im Nachtragskredit ausgewiesen wird, gibt es diesbezüglich doch grössere Unsicherheiten und eine transparente Aufstellung wäre dienlich.

Patrick Mägli (SP) fasst sich kurz und stellt fest, dass auch die SP-Fraktion erstaunt vom Nachtragskredit-Antrag des Stadtrates Kenntnis genommen habe. Es gibt schon auch noch einige Fragen seiner Fraktion, welche man bei der Vorberatung klären möchte, weshalb man der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen wird.

Vreni Wunderlin (GLP) führt aus, die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion wird der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen. Mit dem Befund und Desaster konnte wohl niemand rechnen. Die Auffüllung geht in eine Tiefe von bis zu 11 Metern, was man sich kaum vorstellen kann. Weiter waren die Elektroarbeiten zu tief angesetzt worden und die Materialkosten sind angestiegen. Das Schulhaus soll nun doch an das Fernwärmenetz angeschlossen werden, was sicher sinnvoll ist, aber wiederum mit Mehrkosten verbunden ist. Wegen der hohen Bodenbelastung konnte eine Gefährdung der Kinder nicht ausgeschlossen werden und der Bodenaustausch muss vorgenommen werden. Ihre Fraktion frage sich schon auch, ob die Ersatzbaute an diesem Ort überhaupt noch Sinn macht oder ob nicht nach neuen Lösungen gesucht werden sollte. Auch ist fraglich, ob der Nachtragskredit überhaupt verhebt.

Hanspeter Meyer (SVP) macht als Einzelsprecher auf die Platzsperrung wegen der Bodenbelastung aufmerksam. Fünf Generationen und auch er selbst hatten auf diesem Platz gespielt, ohne dass jemand deswegen krank wurde. Ist die sofortige Platzsperrung nicht übertrieben?

Stefan Fraefel (Die Mitte) meint, dass immer wieder gesagt werde, dass das Zeitalter der Entdeckungen vorbei sei, doch scheint das in Liestal noch nicht der Fall zu sein. Auch er ist im Gestadeck zur Schule gegangen und hatte sich dreckige Hände auf dem Spielplatz geholt und so könnte man eigentlich die Frage der Haftung nach seinem Ableben stellen. Er findet die Platzsperrung ebenfalls eine übertriebene Reaktion oder ist es vielleicht doch nicht ganz so ungefährlich? Dass die Aufschüttung bzw. Abfalldeponie nicht bekannt ist bzw. dass diese im Altlastenkataster nicht eingetragen wurde, wird man wohl niemandem zum Vorwurf machen können. Nun ist aber die Abfalldeponie bekannt, welche auch noch belastet ist. Und gemäss Vorschlag des Stadtrates soll nur die obere Bodenschicht ausgetauscht werden. Ob dies wirklich die beste Idee und Lösung ist, bezweifelt er, denn vielleicht findet man in der Auffüllung und Deponie gar noch ein Chemiefass. Dies kann durchaus die günstigste, aber vielleicht nicht die beste Lösung sein. Und so gibt er der BPK auch mit, dass diese auf das Feld 1 zurückgehen und sich gar Überlegungen machen soll, ob die Schulanlage nicht als Neubau an einem anderen Standort gebaut werden müsste.

Bernhard Bonjour (SP) fordert die BPK ebenfalls dazu auf, genau hinzuschauen und Alternativen zu prüfen.

Thomas Eugster (FDP) ist auch der Meinung, dass die BPK dieses Geschäft genau anschauen muss. Die Altlastenproblematik sollte aber doch auch in Relation gestellt werden, denn die Grenzwerte sind beispielsweise für Sekundarschüler in Ordnung, haben aber bei einer Primarschule zu einer Platzsperrung geführt, weil man davon ausgeht, dass die Primarschüler etwas mehr Dreck konsumieren. Bezüglich Alternativen verweist er darauf, dass beispielsweise vom Kanton beim Burschulhaus mit Modulbauten Schulraum für Investitionskosten von 3,3 Mio. Franken geschaffen wurde.

Werner Fischer (FDP) wiederholt eine frühere Aussage und meint, dass vom Kanton schon einmal geprüft werden sollte, ob die Schadstoff-Grenzwerte zum Teil nicht zu hoch angesetzt sind und gar gesenkt werden könnten.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass es für einen Stadtrat wohl erfreulichere Momente gibt, als kurz nach einer Volksabstimmung einen Nachtragskredit im Einwohnerrat beantragen zu müssen. Die Vorlage ist vom Stadtrat mehrfach und ausgiebig beraten worden, wobei auch alle Details hinterfragt wurden. Und es ist so, dass es dem Stadtrat nicht bekannt war, dass unter dem Rasenspielplatz und dem Vereinspavillon eine Auffüllung existiert und auch in den zur Verfügung stehenden Unterlagen waren keine Hinweise auf die frühere Deponie zu finden, weder im Altlastenkataster noch auf der geologischen Karte. Denn dies hätte zu einer vertieften und kostspieligen Voruntersuchung den Ausschlag geben können. Interessant ist zudem, dass explizit in diesem Bereich im Teilzonenplan Zentrum eine sogenannte schützenswerte Hangkante eingezeichnet ist. Und wer geht schon davon aus, dass unter einer schützenswerten Hangkante eine Auffüllung mit Bauschutt und Altlasten liegt? Und wäre dies bekannt gewesen, hätte der Verfasser des Teilzonenplanes dies mit Sicherheit auch nicht unterschlagen. Bis heute war in Fachkreisen sogar von einer aus der Eiszeit entstandenen Geländestruktur die Rede. Bei den Recherchen mussten wir nicht bis zur Liestaler-Eiszeit zurückblättern. Denn ein gutes Jahrhundert hat gereicht, bis man auf ein Zeitungsinserat aus dem frühen 19. Jahrhundert gestossen ist, in welchem unsere Gemeinderat-Vorgänger sogar die Öffentlichkeit zur Lagerung von Bauschutt aufgefordert hatten. Und warum braucht es nun einen Nachtragskredit? Weil die Hangkante aus einer Auffüllung besteht, ist sie zu wenig tragfähig. Um die statische Sicherheit gewährleisten zu können, wird der Untergrund vom Fundament bis in den stabilen Grund mit Pfählen abgestützt und gesichert. In dem Bauschutt hat es organische Verbindungen, welche nicht auswaschbar sind. Es muss deshalb lediglich der Aushub der

Bohrlöcher entsorgt werden. Die oberste Schicht vom Rasenspielfeld von ca. 30 – 40 cm ist ebenfalls mit Schadstoffen belastet. Auch dieses Material muss entsorgt, mit sauberem Humus wieder aufgefüllt, planiert und angesät werden. Hätten wir damals gewusst, was wir heute wissen, wären diese Kosten so oder so auch angefallen. Wenn man nun keine baulichen Anpassungen beim Vereinspavillon vornehmen würde, müsste der Rasenspielfeld gleichwohl gesperrt bleiben. Seit der Volksabstimmung ist wenig Zeit vergangen, aber in dieser kurzen Zeit hat sich sehr viel und Unvorhergesehenes zugetragen. Unter anderem die bekannte Teuerung und der damit verbundene finanzielle Zusatzaufwand. Zudem stehen wir bezüglich der aktuellen Situation in Bezug zur Energiekrise vor einer ganz anderen Ausgangslage als noch vor ein paar Monaten. Das hat den Stadtrat dazu bewogen, einen Fernwärmeanschluss zu realisieren. Bei der Elektroplanung ist dem Planungsbüro ein Fehler unterlaufen, den wir mit Zusatzkosten korrigieren müssen. Die Stimmbewohnerung hat mit über 80 % der Erneuerung des Vereinspavillon zugestimmt. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass hätte sie auch getan, wenn diese den heutigen Wissensstand hätte. Rechtliche Abklärungen haben ergeben, dass das Gemeindegesetz Nachtragskredite vom obligatorischen und fakultativen Referendum explizit ausschliesst, denn der vorliegende Nachtragskredit beruht nicht auf einer künstlichen Teilung des Projekts, sondern auf unvorhergesehenen Mehrkosten, welche zur Projektrealisierung nötig sind. Somit kann der Einwohnerrat entscheiden, ob das Bauvorhaben realisiert oder eben nicht realisiert werden soll. Der Stadtrat begrüsst die Überweisung an die BPK, damit die Fragen sorgfältig geprüft und beantwortet werden können. Er möchte beliebt machen, dass die BPK dieses wichtige Geschäft trotz anderen Vorlagen wie die Quartierplanungen Lüdlin-Areal und Post, Stadtpark, Verkehrskonzept, Büchelstrasse usw. mit einer erhöhten Sitzungskadenz baldmöglichst beraten kann.

Stadtrat Lukas Felix möchte noch einige Ergänzungen bezüglich der Platzsperrung machen und Fragen aus den vorgängigen Voten beantworten. Der Grenzwert für einen Kinderspielfeld ist überschritten und der Platz abgesperrt worden, da gemäss Verfügung eine Gefährdung nicht ausgeschlossen werden konnte. Auch der Bildungsbereich hatte sich die Frage gestellt, ob eine Projektrealisierung angesichts der neuen Erkenntnisse überhaupt noch sinnvoll ist. Aktuell haben wir noch etwa fünf Jahre Zeit, in welcher der Pavillon Rosen für den zweiten Zyklus bzw. die Klassen 3 – 6 noch genutzt werden kann. Ohne Realisierung der geplanten Neubaute beim Gestadeck müsste an einem anderen Standort eine Ersatzbaute in der gleichen Dimension von einem Klassenzug realisiert werden. Ein solches Projekt ist innert 5 Jahren schlichtweg nicht realisierbar. Aus Sicht der Schule gibt es deshalb keine Alternativen zum Gestadeck-Projekt. Man hat bereits jetzt schon zu wenig Platz in den Schulhäusern und dabei ist das prognostizierte Bevölkerungswachstum der nächsten Jahre noch gar nicht berücksichtigt, worunter auch die Qualität des Schulunterrichts leidet. Wir müssen jetzt vorwärts machen, damit wir genügend adäquaten Schulraum zur Verfügung stellen können.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-146 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

223 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Velostrassen – Interpellation «Velostrassen in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-126)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf den Vorstoss und hält fest, dass Velostrassen vortrittsberechtigte Routen in kommunalen Tempo 30-Zonen und keine «Velovorzugsrouten» sind. Da es im Kanton Basel-Landschaft noch keine solchen Abschnitte gibt, wurde/wird vom Kanton erwartet, dass er mit interessierten Gemeinden einzelne Pilotstrecken erstellt und testet. Auf Kantonsstrassen sind solche Massnahmen nicht möglich. Die potenziellen Konflikte sind bekannt, doch eben genau das soll ja untersucht werden. Gibt es wirklich Konflikte nach der Umsetzung, bewähren sich die Markierungsänderungen oder kann es eine Massnahme für andere Radrouten sein usw.?

Zur Frage 1: Konkret wurden wir vom Kanton angefragt, ob wir die Langhagstrasse im Rahmen des Pilotversuchs dem Kanton zur Verfügung stellen. Insbesondere würde mit dieser Massnahme der Rechtsvortritt, der normalerweise in einer Tempo 30 Zone gilt, aufgehoben. Dies haben wir abgelehnt. Die Langhagstrasse hat kein Trottoir und ist ein wichtiger Schulweg. Zudem hat es hier auch einen viel benutzten öffentlichen Spielplatz. Regelmässige Geschwindigkeitsmessungen zeigen bereits heute eine sehr hohe Frequenz des Veloverkehrs auf. Sie zeigen aber auch, dass viele Velofahrende bereits heute schnell fahren und oft auch schneller als die erlaubten 30 Km/h unterwegs sind. Hier geht aus Sicht der Stadt die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger vor.

Zur Frage 2: Sofern das Tiefbauamt auf den Pilotstrecken gute Erfahrungen macht, könnte diese Massnahme dort geprüft werden, wo in Tempo 30-Zonen ein Trottoir vorhanden ist. Allerdings gilt unsere Sorge eher der Einhaltung von Tempo 30 auch für die Velofahrenden als einer weiteren Beschleunigung des Veloverkehrs in diesen Zonen

Domenic Schneider (GLP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seines Vorstosses und wünscht keine Diskussion. Er hofft aber doch, dass auch fehlbare Velofahrer, welche zu schnell unterwegs sind, zur Rechenschaft gezogen werden.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-126 durch den Stadtrat.

224 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Zulassung S-Pedelecs in Einbahnstrassen – Postulat «Zulassung S-Pedelecs in Einbahnstrassen» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/-Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-133)

Stadtrat Daniel Muri informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat Nr. 2022-133 und auch das Postulat Nr. 2022-134 betreffend den S-Pedelecs übernehmen wird.

Stefan Fraefel (Die Mitte) dankt als Postulant namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion für die stadträtliche Zusage. Die beiden Vorstösse möchte er bewusst nicht unter das Motto «Freiplatz für Raser» stellen und die Einführung ist auch nicht überall möglich. Es gibt aber auch in Liestal Orte, wo schnelle E-Bikes durchaus in Einbahnstrassen Platz hätten, was ja zur Förderung des elektrischen Verkehrs dann ja auch beitragen dürfte. Die einzige Gesetzmässigkeit, die er halbwegs gefunden hat, ist es wohl, dass dies bei älteren Schildern verboten bzw. bei neuen Schildern erlaubt ist, was sicher auch nicht die richtige Regelung sein dürfte. Für die Prüfung seines Vorstosses durch den Stadtrat dankt er bestens.

Daniel Schwörer (FDP) berichtet, dass sich die FDP-Fraktion nicht ganz einig ist bezüglich den zwei Vorstössen und deshalb Stimmfreigabe beschlossen hat. Es werden insbesondere Bedenken angemeldet, weil beispielsweise ein Töffli 30 Km/h fahren darf und ein S-Pedelec 45 Km/h fahren darf, weshalb bei einer Postulatsumsetzung die Töffli-Fahrer künftig auch schneller unterwegs sein werden. Zudem ist es fraglich, ob die schnelleren Töfflis und die fast nicht hörbaren S-Pedelecs der Verkehrssicherheit zuträglich sind.

Beat Gränicher (SVP) informiert, dass auch die SVP-Fraktion wegen gewissen Sicherheitsbedenken die Stimmfreigabe beschlossen hat.

Alexandra Muheim (SP) erklärt, die SP-Fraktion wird sich für eine Überweisung des Postulates aussprechen. Denn bei einer Überweisung des Postulates könnte auch überprüft werden, ob die jetzigen Signalisationen angesichts der neuen E-Bikes als Verkehrsmittel überhaupt noch sinnvoll sind. Gerade bei Einbahnstrassen sollte eine Benützung durch S-Pedelecs und Autos möglich sein.

Philipp Franke (GL) berichtet, dass der Vorstoss auch in der Grünen Fraktion nur teilweise unterstützt wird. Wie bereits im Vorstoss ausgeführt wird, ist die rechtliche Situation für die S-Pedelecs unübersichtlich und diesbezüglich könnte die Postulatsüberweisung etwas Licht ins Dunkel bringen. Trotz Vorbehalten und Bedenken wird sich eine Mehrheit der Fraktion für die Überweisung des Vorstosses aussprechen.

Bernhard Bonjour (SP) gibt als Einzelsprecher bekannt, dass er grundsätzlich alle Vorstösse, bei denen es um das Velo geht, prüfenswert finde. Man darf aber nicht vergessen, dass die Fussgänger als schwächste Verkehrsteilnehmer nicht vergessen werden.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2022-133 wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

225 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Verbotsaufhebung Motofahrräder und S-Pedelecs – Postulat «Aufhebung des Verbots für Motorfahrräder/S-Pedelecs» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/-Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-134)

Stadtrat Daniel Muri informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte.

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält als Fraktionssprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion und Postulant fest, dass das zweite Postulat wohl etwas heikler ist als das bereits überwiesene Postulat Nr. 2022-133, da es beim Vorstoss Nr. 2022-134 um Wege und Strasse geht, bei welchen bis anhin kein motorisierter Verkehr zugelassen wurde. Das heisst, dass langsame E-Bikes diese bereits befahren durften, die schnelleren S-Pedelecs hingegen nicht. Dies würde aber bei gewissen Wegen und Strassen am Rand der Siedlungszone, in Naherholungsgebieten usw. durchaus Sinn machen. Tempolimiten müssten aber sicher eingeführt und auch kontrolliert werden. Und im Zusammenhang mit der Umsetzung soll deshalb Vertretbares erlaubt und nur der Rest verboten werden.

Philipp Franke (GL) erklärt, dass seine Fraktionsmitglieder diesen Vorstoss ebenfalls heikler finden als das vorher diskutierte Postulat, da die Umsetzung doch ein grösseres Gefahrenpotential in sich birgt als S-Pedelecs in Einbahnstrassen. Es wurde deshalb auch die Stimmfreigabe in der Grünen Fraktion beschlossen. Auch sollen Naherholungsgebiete mit S-Pedelecs auf Wegen und Strassen nicht beeinträchtigt werden.

Alexandra Muheim (SP) informiert, dass sich die SP-Fraktion mehrheitlich auch gegen eine Postulatsüberweisung ausspricht. Ergänzend zu den bereits erwähnten Gründen sei noch die Sicherheit der Fussgänger erwähnt.

Daniel Schwörer (FDP) verzichtet darauf, die beim vorgängig gemachten Traktandum gemachten Aussagen nochmals zu wiederholen. Damit die Fahrer von S-Pedelecs auch wissen, ob sie die Höchstgeschwindigkeit von 45 Km/h einhalten, müssten diese auch einen Tacho und Geschwindigkeitsmesser installieren. Diese müssten gegebenenfalls auch gebüsst und nicht nur ermahnt werden. Grossmehrheitlich wird sich die FDP-Fraktion gegen die Postulatsüberweisung aussprechen.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, auch die SVP-Fraktion wird sich gegen die Überweisung des Postulates aussprechen. So kann er sich nicht vorstellen, dass Waldwege mit S-Pedelecs befahren werden.

Domenic Schneider (GLP) legt dar, dass die Elektromobilität unser Verhalten massiv verändern wird. Mit der Überweisung der beiden Vorstösse würde dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben, das Ganze einmal konzentriert anzuschauen und eine einheitliche Regelung zu schaffen.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2022-134 wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann